D-02-166-2

Dringlichkeitsantrag: Humanität und Ordnung: für eine anpackende, pragmatische und menschenrechtsbasierte Asyl- und Migrationspolitik

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

49. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Karlsruhe, 23. - 26. November 2023

Antragsteller*in: Sebastian Schäfer (KV Esslingen)

Änderungsantrag zu D-02

Von Zeile 165 bis 167 einfügen:
und es zu einer fairen Verteilung in Europa kommt. Dafür müssen auch andere europäische Länder mehr Verantwortung übernehmen. Wir Grüne treten für die Rechte Geflüchteter ein. Wir sind gleichzeitig die Europapartei. Die Europäische Menschenrechtskonvention ist verbindende Rechtsgrundlage Europas über die EU hinaus. Die vergangenen Jahre zeigen jedoch auch, dass unterschiedliche geschichtliche Traditionen und zeitgeschichtliche Erfahrungen selbst unter den Regierungen und Gesellschaften in den Mitgliedstaaten der EU zu unterschiedlichen Haltungen und innereuropäischen Spannungen in Bezug auf die Aufnahme von Schutzsuchenden führen können. Diese unterschiedlichen Positionen sind auch nicht simpel und statisch: So leistet Polen bei der Aufnahme ukrainischer Kriegsflüchtlinge Enormes. Für den Zusammenhalt und die Zukunft der EU ist es entscheidend, dass wir einen gemeinsamen Weg in der Frage der Verteilung Schutzsuchender finden. Dies kann auch bedeuten, unterschiedliche Formen der innereuropäischen Solidarität zuzulassen, um allen Staaten ein Mitwirken an einer gemeinsamen Lösung zu ermöglichen. Ein verbindlicher Solidaritätsmechanismus zur Verteilung von Geflüchteten ist dazu ein richtiger Schritt. In den derzeitigen Verhandlungen

Begründung

Die Regierungen der Mitgliedstaaten der EU werden zunehmend von Parteien getragen, die auf eine zum Teil sehr deutliche Abschottungspolitik setzen. Mit diesem Sachverhalt müssen wir umgehen. Gerade deshalb ist es wichtig, dass die Grünen als Teil der deutschen Bundesregierung mit am europäischen Verhandlungstisch sitzen. Eine Rückkehr zu einem alle Mitgliedstaaten erfassenden gemeinsamen Asylsystem wäre ein großer Fortschritt und ist elementar für die Zukunft der EU. Um dies trotz der starken Divergenzen in dieser Frage zu ermöglichen, müssen wir Kompromisse anbieten, insbesondere – jedenfalls zunächst – auch andere Formen der Teilnahme am Solidaritätsmechanismus wie finanzielle Ersatzleistungen.

weitere Antragsteller*innen

Anne-Monika Spallek (KV Coesfeld); Dieter Janecek (KV München); Manuela Rottmann (KV Bad Kissingen); Paula Louise Piechotta (KV Leipzig); Stanislav Elinson (KV Leipzig); Katharina Beck (KV Hamburg-Nord); Sascha Müller (KV Schwabach); Tina Winklmann (KV Schwandorf); Heidi Schiller (KV München); Ophelia Nick (KV Mettmann); Franziska Schubert (KV Görlitz); Martin Züchner (KV

München); Till Steffen (KV Hamburg-Eimsbüttel); Alexander König (KV München); Judith Bogner (KV Lippe); Walter Otte (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Rainer Lagemann (KV Steinfurt); Uwe Josuttis (KV Kassel-Stadt); Christoph Joachim (KV Tübingen); sowie 52 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.